



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Martin Böhm, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Schaffung eines „Deutschlandfonds“ mit der Aufgabe einer Erhöhung und Verstetigung von staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Humankapital nach Vorbild des Vorschlags des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln und des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) einzusetzen.

Begründung:

Fast drei Viertel der bayerischen Unternehmen geben an, dass ihre betrieblichen Geschäftsabläufe regelmäßig durch Infrastrukturprobleme in Bayern beeinträchtigt werden.¹ Besonders schwach ist die Entwicklung bei den öffentlichen Bauinvestitionen, v. a. auf kommunaler Ebene.² In Bayern können die Kommunen im Durchschnitt weniger als 15 Prozent ihrer Gesamtausgaben für Bauten aufwenden.³ Fast die Hälfte der Autobahnbrücken wurde zwischen 1965 und 1975 gebaut.⁴ Es fehlen staatliche Kapitalausgaben nicht nur für die Modernisierung, sondern auch für Zukunftsinvestitionen, z. B. im Bereich der Digitalisierung. So lag die Verfügbarkeit von FTTP-Anschlüssen im bayerischen ländlichen Raum bei nur 5,6 Prozent (der EU-Durchschnitt liegt bei 17,5 Prozent).⁵

Das MIWI-Institut für Marktintegration und Wirtschaftspolitik hat anhand von Studien des IW Köln ermittelt, dass bei der bayerischen Wirtschaft bis zum Jahr 2030 eine staatliche Investitionslücke von ca. 70 bis 83 Mrd. Euro besteht, die das zukünftige Wirtschaftswachstum, die Unternehmensproduktivität und die soziale Wohlfahrt in Bayern gefährdet.⁶

¹ Grömling, M., Puls, T. (2018). Infrastrukturmängel in Deutschland – Belastungsgrade nach Branchen und Regionen auf Basis einer Unternehmensbefragung. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/michael-groemling-thomas-puls-infrastrukturmaengel-in-deutschland-393482.html>

² KfW Research (2020): KfW-Kommunalpanel 2021. URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2021.pdf>

³ Hüther M., Kolev G. (2019). Investitionsfonds für Deutschland. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-policy-papers/beitrag/michael-huether-galina-kolev-investitionsfonds-fuer-deutschland.html>

⁴ BMVI (2016). Stand der Ertüchtigung von Straßenbrücken der Bundesfernstraßen. URL: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/StB/bericht-stand-der-modernisierung-von-strassen-bruecken-2016.pdf?__blob=publicationFile

⁵ European Commission (2021). Broadband Connectivity in the Digital Economy and Society Index. URL: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi-connectivity>

⁶ Köfner Y. (2021). Enabling massive infrastructure and human capital investment with a Deutschlandfonds. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1136>

Um diese Lücke zu schließen, bedarf es nicht nur zusätzlicher staatlicher Investitionen in dieser Höhe in Infrastruktur (Transport, Kommunikation, Digitales) und „Humankapital“ (Bildung, Forschung, Familien, Gesundheit), sondern v. a. einer Verstärkung dieser staatlichen Kapitalausgaben, welche unabhängiger vom Konjunktur- und Wahlzyklus sein soll und somit den Baufirmen sowie privaten Investoren mehr Planungssicherheit gewährleisten wird.

Gleichzeitig muss diese Mehrfinanzierung mit der verfassungsmäßigen Schuldenbremse für Bund und Länder vereinbar sein, bürokratische Hemmnisse für die Genehmigung von Investitionsprojekten müssen abgebaut und die Planungskapazitäten von Kommunen muss erhöht werden.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, schlagen führende Wirtschaftsinstitute wie das IW Köln⁷, das ifo Institut für Wirtschaftsforschung⁸, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung⁹ und der Wissenschaftliche Beirat des BMWi¹⁰ die Schaffung eines „Deutschlandfonds“ auf Bundesebene vor.

Als rechtlich selbstständige Person des öffentlichen oder privaten Rechts wäre der „Deutschlandfonds“ mit der Schuldenbremse vereinbar und könnte auf Antrag der Länder und Kommunen Kapital für deren Investitionsprojekte zur Verfügung stellen.

Im Weiteren könnte dieser Investitionsfonds auch das Problem der Knappheit an qualifizierten Planungskapazitäten für Bauverwaltungsprojekte bei den Kommunen mildern, indem diese auf Vertragsbasis die Anhörungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den „Deutschlandfonds“ auslagern könnten.^{11,12}

Bei der Schaffung dieses Investitionsfonds ist darauf zu achten, dass er nicht an den üblichen Problemen staatlicher Unternehmen wie Ineffizienz und Korruption leiden wird. Er sollte daher nach strengen Transparenzregeln und mit einer Trennung von Planungsleistungen, Genehmigungsverfahren der Anträge der Gebietskörperschaften und Controlling arbeiten. Empfehlenswert wäre eine laufende parlamentarische Kontrolle über die Fondsaktivitäten mit gewissen Vetorechten, z. B. wie bei der Kontrollkommission des Bayerischen Landtags über die Aktivitäten des BayernFonds bzw. der Bayerischen Finanzagentur GmbH.¹³

Modell-Rechnungen des IW Köln zeigen, dass die Mehrinvestitionen solch eines „Deutschlandfonds“ das Wachstum des bayerischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahrzehnt auf 2,3 Prozent jährlich anheben würden.¹⁴ Das wäre um 140 Basispunkte höher als das vom ifo Institut für diesen Zeitraum prognostizierte langsame bayerische Wirtschaftswachstum von nur 0,9 Prozent jährlich.¹⁵

⁷ Hüther M. (2020). Ein Deutschlandfonds mit 450 Milliarden Euro macht unser Land fit für die Zukunft. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/michael-huether-ein-deutschlandfonds-mit-450-milliarden-euro-macht-unser-land-fit-fuer-die-zukunft.html>

⁸ Fuest C. (2021). Die Schuldenbremse abzuschaffen lohnt sich nicht. ifo Institut. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2021/ifo-standpunkt/die-schuldenbremse-abzuschaffen-lohnt-sich-nicht>

⁹ Grimm V. et al. (2021). Investitionen für nachhaltiges Wachstum in Deutschland: Status quo und Perspektiven. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Veröffentlicht im Wirtschaftsdienst (ZBW). URL: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/3/beitrag/investitionen-fuer-nachhaltiges-wachstum-in-deutschland-status-quo-und-perspektiven.html>

¹⁰ BMWi (2020). Öffentliche Infrastruktur in Deutschland: Probleme und Reformbedarf. URL: <https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-oeffentliche-infrastruktur-in-deutschland.pdf>

¹¹ Puls T. (2020). Jenseits des Geldes. Was behindert den Infrastrukturausbau in Deutschland. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/thomas-puls-was-behindert-den-infrastrukturausbau-in-deutschland.html>

¹² Freshfields (2017). Möglichkeiten zur Beschleunigung der Planung und Genehmigung von Verkehrsprojekten. URL: https://www.promobilitaet.de/fileadmin/user_upload/PDF_Allgemein/Verbaende_Gutachten_Planungsbeschleunigung.pdf

¹³ Gesetz über einen BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur (2020). URL: <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayFoG>

¹⁴ IW Köln (2019). Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-policy-papers/beitrag/hubertus-bardt-michael-huether-investitionen-ermoeglichen.html>

¹⁵ ifo Institut (2019). Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2019/monographie-autorenschaft/wachstum-und-produktivitaet-2035-innovations-und>

Die Finanzierung des „Deutschlandfonds“ kann durch Einsparungen staatlicher Ausgaben an anderen Stellen gewährleistet werden. So beliefen sich z. B. die durchschnittlichen fiskalischen Kosten für die Unterbringung und Integration von Asylbewerbern auf 35,6 Mrd. Euro pro Jahr (2016 bis 2019). Das ist wiederum mehr als die kombinierten jährlichen Bundesausgaben für Bildung, Forschung und Gesundheit im Jahr 2019.¹⁶

¹⁶ Kofner Y. (2021). Reforming Germany's migration policy: fairer, more humane, economy-oriented. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1065>